

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zł. mit Zustellgeld 3,80 zł. Bei Postbezug monatl. 3,89 zł. vierteljährlich 11,66 zł. Unter Streifenband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. - Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. - Bei Blatvorrichtung u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. - Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. - Offertengebühr 100 gr. - Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postkonten:** Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 58

Bydgoszcz/Bromberg, Sonnabend, 12. März 1938

62. Jahrg.

Am 13. März Volksabstimmung in Oesterreich.

Wie aus Wien amtlich mitgeteilt wird, hat Bundeskanzler Dr. von Schuschnigg einen Aufruf über eine auf den 13. März festgesetzte Volksabstimmung erlassen. Die Parole der Volksabstimmung lautet:

„Für ein freies, deutsches, unabhängiges, künftiges, christliches und einheitliches Oesterreich, für Arbeit und Frieden, sowie für Gleichberechtigung aller, die sich zur Nation und zum Vaterland bekennen.“

Rede des Bundeskanzlers in Innsbruck.

Am Mittwoch abend hielt Bundeskanzler Dr. von Schuschnigg in Innsbruck vor Führern der Vaterländischen Front, Bauern und Arbeitern aus ganz Tirol eine Rede, die von der Polnischen Telegraphen-Agentur als „flamend“ bezeichnet wird. Die Rede sei mit stürmischem Beifall und Ovationen aufgenommen worden. Nationalsozialistische Demonstrationsversuche seien „im Keim erstickt worden“.

Eingangs appellierte der Bundeskanzler an die Gefühle der Versammelten und betonte, er wolle klar darstellen, was er anstrebe und was er zum Wohl aller Bevölkerungsschichten Oesterreichs wünsche. Er stellte sodann ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm

in Aussicht, um große Massen beschäftigen zu können. Demnächst würden 30 000 Jugendliche in Fabriken und verschiedenen Werkstätten zur Schulung angenommen werden. Schuschnigg wandte sich sodann an die Versammlung mit der Frage: „Wollt ihr arbeiten oder politisieren?“ (Stürmischer Beifall und Zurufe: arbeiten.)

Der Bundeskanzler fuhr fort: „Ich will wissen, ob das österreichische Volk den Weg gehen will, den wir gehen. Wir wollen ein freies und deutsches Oesterreich. (Stürmische Ovationen.) Wir wollen ein unabhängiges und soziales Oesterreich. Wir wollen ein christliches, einheitliches Oesterreich. Wir wollen Brot und Arbeit im Land (Rufe und Ovationen), sowie Gleichberechtigung für alle diejenigen, die zum Schutz von Nation und Vaterland bereit sind. (Langandauernde Ovationen.)“

Dr. von Schuschnigg hob sodann hervor, daß er diesen Weg getreu einhalten wolle. Im Sinne dieser Grundzüge sei das Abkommen vom 11. Juli und die Verständigung von Berchtesgaden abgeschlossen worden, was der politischen Linie des Kanzlers entsprochen habe. Er wolle diese Vereinbarungen einhalten und sich überzeugen, ob beide Seiten sie ihrem Inhalt und ihrem Gedankensinn gemäß auffassen, aber gegenwärtig wolle er, Schuschnigg, in Erfahrung bringen,

ob das österreichische Volk ein freies, deutsches, unabhängiges, soziales und christliches Oesterreich wolle, das keinerlei Parteifreiheiten gelten lasse.

Der Bundeskanzler möchte wissen, ob die Parole „Brot und Frieden im Lande“ tatsächlich die Parole des Volkes ist und kündigt daher „in der historischen Stunde“ eine Volksabstimmung für nächsten Sonntag, den 13. März, an.

Bei diesen Worten, so schließt der sehr begeisterte Berichterstatter der Polnischen Telegraphen-Agentur seine Meldung,

braust ein Beifallsturm auf,

sowie der Gesang einer mehrere Zehntausende zählenden Menge.

In einem Aufruf Schuschniggs in seiner Eigenschaft als Führer der Vaterländischen Front wird das österreichische Volk zum erstenmal in der Geschichte aufgefordert, sich offen zum Vaterland zu bekennen. Der 13. März 1938 sei der Tag der Volksabstimmung, an dem alle, gleich welchen Standes und welcher sozialen Schicht, Männer und Frauen des „freien Oesterreich“ herufen sind, vor der ganzen Welt ihren Willen zu bekunden.

„Ihr werdet sagen müssen, ob ihr den Weg, den wir gehen, und der soziale Gleichheit, Ablehnung politischer Streitigkeiten, deutscher Friede im Innern und nach außen, sowie Politik der Arbeit heißt, gehen wollt.“

Die Parole lautet: Für ein freies, deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einheitliches Oesterreich, für Ruhe und Arbeit, für Gleichberechtigung aller, die sich zu Nation und Vaterland bekennen. Das ist das Ziel meiner Politik. Zeigt daher, Kameraden, daß ihr ernsthaft eine neue Ära im Interesse des Vaterlandes beginnen wollt! Die ganze Welt soll unseren Lebenswillen sehen. Daher steht auf wie ein Mann und stimmt mit dem Wort: „Ja“, mit den Worten: „Es lebe die Vaterländische Front, es lebe Oesterreich!“

Die Nationalsozialisten enthalten sich der Stimme!

Eine Erklärung des Bureaus von Seyß-Inquart.

Reuter berichtet aus Wien:

Im Bureau Dr. Hugo Furns, des Vertreters von Dr. Seyß-Inquart, machte ein Sprecher dem

Korrespondenten der Agentur Reuter gegenüber folgende autorisierte Aussage:

Wir weisen unsere Anhänger an, sich bei der Volksabstimmung am Sonntag der Stimme zu enthalten. Wir sind grundsätzlich entschlossen, uns an das Abkommen vom 11. Juli 1936 und vom 12. Februar 1938 zu halten. Wir sind aber nicht bereit, unseren Entschluß in dieser Form kund zu tun. Darüber hinaus kann die Art und Weise, in der die Volksabstimmung herbeigeführt worden ist, nur mit einem Ausspruch charakterisiert werden, den ich vorziehe, nicht zu gebrauchen. Sie wurde beschlossen ohne Beratung mit dem Kabinett und hinter seinem Rücken. Die gesamte Art und Weise, in der die Abstimmung durchgeführt werden soll, macht es für ein Individuum möglich, mehrere Male abzustimmen und gibt den Beamten der Vaterländischen Front uneingeschränkte Kontrolle der Wahl, so daß die Türen für jede Art von Mißbrauch geöffnet sind.

Der Frontführer-Stellvertreter Minister Zernatto hat folgende

Durchführungsbestimmungen zur Volksabstimmung

am kommenden Sonntag bekanntgegeben: Zunächst werden Abstimmungskommissionen für jeden Abstimmungssprengel nach den Weisungen des zuständigen Landeshauptmanns bzw. des Bürgermeisters der Stadt Wien bestellt. Sie bestehen aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Unter den Beisitzern muß auf jeden Fall ein Arbeiter und ein Arbeitgeber vertreten sein. Bei der Bestellung von mehr Beisitzern soll unter ihnen eine Frau sein. Alle Mitglieder der Abstimmungskommission müssen der Vaterländischen Front angehören, womöglich deren Amtswalter sein. Die Beiziehung von Schriftführern wird durch die Weisung des Landeshauptmanns geregelt.

Die Abstimmungslokale werden so eingerichtet, daß ein Tisch für die Abstimmungskommission und den Schriftführer vorhanden ist, daß die Abstimmungsurne so aufgestellt ist, daß sie bequem zur Abgabe des Stimmzettels zur Verfügung steht. Ferner wird die Abstimmungsparole, also der Text der offiziellen Abstimmungsfragen, für den Abstimmenden ersichtlich angebracht sein. Eine Auskunftsperson muß vorhanden sein, die über den Abstimmungsvorgang, die Berechtigung zur Abstimmung und die Lokalverhältnisse Auskunft erteilen kann.

Es ist Vorsorge getroffen, daß Personen, die den Abstimmungsvorgang stören, aus dem Lokal gewiesen und nötigenfalls den diensthabenden Organen der Exekutive zur weiteren Amtshandlung übergeben werden. Ebenso ist für Ordnung vor dem Abstimmungslokal und für Personen, die den Verbindungsdienst von Abstimmungslokal zu den Amtsstellen durchführen, Sorge zu tragen.

Beginn und Ende der Abstimmung wird durch den Landeshauptmann festgesetzt. Als Abstimmungsdokumente gelten die Vaterländische Front-Mitgliedskarte, die Mitgliedskarte des Bauernbundes, das österreichische Gewerbebuch und das Gewerkschaftsbuch oder Erkennungskarten oder Heimatheine oder Meldezettel, jedenfalls nur Dokumente, die die Identität nachweisen. In dem vorgelegten Dokument wird durch Stempelung ersichtlich gemacht, daß die betreffende Person abgestimmt hat. Wer der Abstimmungskommission persönlich bekannt ist, kann auch ohne Dokument zur Abstimmung zugelassen werden. Die das Abstimmungslokal betretenden Personen haben dem

Vorsitzenden der Abstimmungskommission ihr Dokument vorzuweisen.

Abstimmungs berechtigt sind sämtliche österreichischen Bundesbürger, die spätestens im Jahre 1914 geboren sind, also alle, die über 24 Jahre zählen. Das Dokument wird, wenn die Abstimmungs berechtigung erwiesen ist, abgetempelt. Hierauf wird der Betreffende aufgefordert, seinen Abstimmungszettel in die Urne zu werfen. Der Zettel kann offen oder gefaltet abgegeben werden. Auch die Abgabe des Stimmzettels in einem Umschlag ist erlaubt. Nach vollzogener Abstimmung ist das Lokal zu verlassen. Dort, wo der Landeshauptmann es angeordnet hat, wird eine Liste derjenigen Personen, welche die Abstimmung vollzogen haben, angefertigt.

Der offizielle Abstimmungszettel ist ein Zettel in der Größe von 5x8 Zentimeter, der auf einer Seite mit dem Worte Ja bedruckt ist. Diejenigen Personen, die mit Nein zu stimmen wünschen, müssen einen Zettel in der gleichen Größe mit dem Worte Nein handschriftlich beschreiben.

Protesttelegramme an Miklas und Seyß-Inquart.

Aus Graz sind an Bundespräsident Miklas sowie an Minister Dr. Seyß-Inquart folgende gleichlautende Telegramme gesandt worden:

„Der volkspolitische Referent der Vaterländischen Front Steiermark protestiert gegen die nach der Mai-Verfassung verfassungswidrige Volksabstimmung, verweist auf Artikel 65 und 172 der Mai-Verfassung, kündigt die diesbezüglichen Schritte an und verlangt vom Bundespräsidenten Wahrung der Verfassung.“

Wie verlautet, wird auch der volkspolitische Referent für Oberösterreich in gleichem Sinne bei den genannten Stellen Protest gegen die Volksabstimmung einlegen.

Polihafte von Pape in Wien.

Aus Berlin sind am Donnerstag Polihafte von Pape und Dr. Keppeler in Wien eingetroffen. Die Ankunft der beiden deutschen Politiker steht, nach Meinung der Wiener politischen Kreise, im Zusammenhang mit der politischen Lage in Oesterreich und der für Sonntag angekündigten Volksabstimmung.

Am 27. März „Deutscher Tag“ in Oesterreich.

Nach Ablauf des bis zum 22. März befristeten vierwöchigen allgemeinen Versammlungsverbot, und zwar am Sonntag, dem 27. März, finden in Wien und allen Landeshauptstädten unter dem Leitwort „Deutscher Tag“ Kundgebungen der nationalen Bevölkerung statt, bei denen in Wien unter anderen die Bundesminister Dr. Seyß-Inquart und Dr. Glaise-Horstenau, in den Landeshauptstädten die volkspolitischen Referenten und andere Redner sprechen werden. Die Vorbereitungen für den „Deutschen Tag“ sind sowohl in Wien wie in den Bundesländern bereits im Gange. In den Bundesländern werden außer den fahrplanmäßigen Zügen auch zahlreiche Sonderzüge die Tagungsteilnehmer in ihre Landeshauptstädte bringen.

Glaise-Horstenau in Stuttgart.

Der österreichische Bundesminister Dr. Glaise-Horstenau traf am Montag in Stuttgart ein, wo er am Abend im Deutschen Auslandsinstitut über das Thema „Das Jahr 1000 als deutsches Schicksalsjahr“ einen Vortrag hielt. In Begleitung des Ministers befand sich Ministerialkommissar Dr. Karl Krasmann vom Bundeskanzleramt.

Berechtigte bei der Handhabung der Agrarreform!

Rede des Senators Hasbach zum Budget des Landwirtschaftsministeriums gehalten am 10. März 1938.

Hoher Senat!

Landwirtschaft und Agrarreform sind bereits in der Generaldebatte von verschiedenen Rednern im breiten Rahmen der gesamten lebenswichtigen Fragen des Staates behandelt worden. Der heutige Tag gibt Gelegenheit, mehr in die Tiefe des Problems zu steigen, das ohne Zweifel das Problem des Staates Polen ist.

Wohl in keinem anderen Land fällt so stark die Tatsache ins Auge, daß fast jeder Bewohner Polens irgend eine Beziehung zum Lande, zur Erde, die uns trägt, hat. Die ländliche Bevölkerung Polens macht 70 Prozent der Bevölkerung überhaupt aus. Wer in Polen Landwirtschaft betreibt und in erster Linie selbst satt werden will, muß durch den Umlauf seiner Produkte die Dinge erwerben, die er für die Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft und seines Haushalts braucht, erst der Überschuss, falls ein solcher sich ergibt, kann dem Export und damit der Devisenbeschaffung für den Staat dienen.

An der Spitze aller Bestrebungen in der Landwirtschaft muß demnach stehen: Förderung der Produktionsförderung an Feldfrüchten, Vieh aller Art und durch den Viehwagen peredellen Produkten wie Butter, Eier, Milch und Wolle. Die Regulierung all dieser Dinge liegt beim Landwirt-

schaftsministerium. Hier liegt die machtvolle Vertretung aller die Landwirtschaft angehenden Belange.

So müßte es sein.

Ich lege schon oft die Frage vor: ist es so? Ich beginne mit der Förderung der Produktion der Feldfrüchte, Cerealien und Hackfrüchte. Wir wollen uns durch die offiziellen Statistiken nicht täuschen lassen, aus denen uns von Zeit zu Zeit nachgewiesen wird, daß die Gesamtproduktion gestiegen ist. Als praktischer Landwirt behaupte ich, daß sowohl in bezug auf Boden, Bodenkultur als auf rationelle Anwendung aller Hilfsmittel, wie Kunstdünger, künstliche Futtermittel, wir uns im Durchschnitt des Landes gesehen, in den Rückstufen befinden.

Der ehemalige Minister Baron Tadeusz Lechnicki hat ein sehr interessantes Buch herausgegeben über „Wirtschaftsprobleme“. Nur eine Tatsache möchte ich diesen Ausführungen entnehmen. Der Verbrauch an Kunstdünger ist z. B. in Finnland in den Jahren 1932-35 um über 100 Prozent gestiegen. Dann heißt es weiter, daß der finnische Bauer den Kunstdünger z. T. aus Polen bezieht. Und nun das Interessanteste. Die polnischen Kunstdüngerfabriken verkaufen den Kunstdünger den polnischen Bauern um 50 Prozent teurer als den Finnen.

